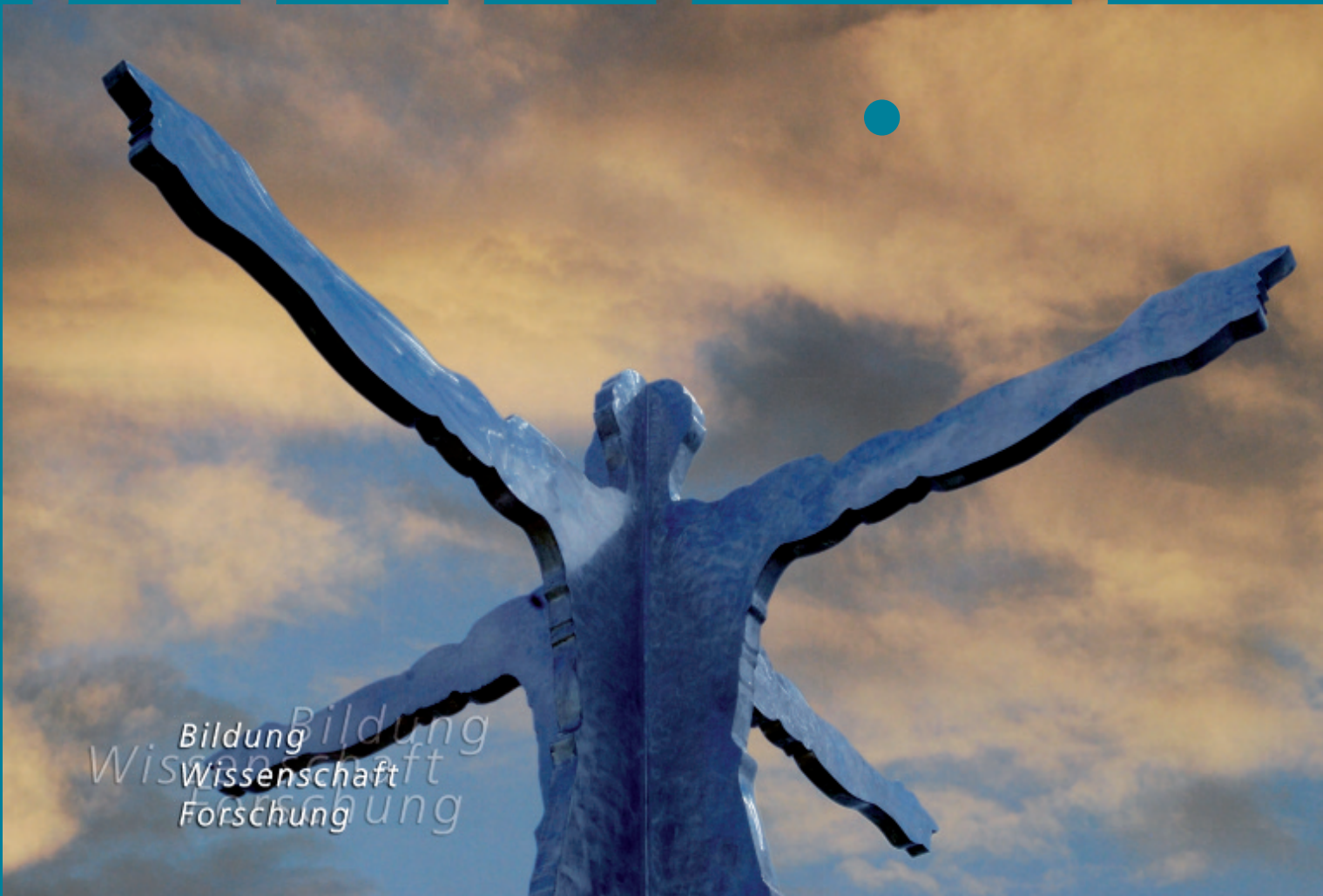


# Die Wissensgesellschaft am Scheideweg

02/2007

Bildung  
Wissenschaft  
Forschung



## Immer prekärer

*Befristete Arbeitsverträge, Teilzeit, Werk- und Honoraraufträge, geringfügige Beschäftigung, erzwungene (Schein-) Selbstständigkeit... Formen und Namen gibt es viele für ein Übel, das immer weiter um sich greift: schwindende Sicherheit für das Berufsleben und eine längerfristige Lebensplanung. Auch im Wissenschaftsbereich nehmen diese Beschäftigungsformen stetig zu. In vielen Fakultäten und Fachbereichen sind nur noch die ProfessorInnen und SekretariatsmitarbeiterInnen unbefristet beschäftigt; alle anderen arbeiten auf der Basis von Zeit- oder Honorarverträgen. Mittlerweile kann man sich des Eindrucks nicht mehr erwehren, dass die Flexibilität der Beschäftigten und die Flexibilisierung ihrer Arbeitsbedingungen zum Selbstzweck mutieren.*

*Die Auswirkungen, die das Arbeitsleben in der Schwebel auf die Beschäftigten hat, werden zunehmend erforscht. Ständig Energien zu mobilisieren, um den Sprung in ein gesichertes Arbeitsverhältnis doch noch zu schaffen und ständige Anpassungsleistungen, um eine weitere Befristung im gleichen oder anderen Arbeitsumfeld zu ergattern, verändern Verhalten und Einstellung gegenüber Vorgesetzten, KollegInnen und der Arbeitsaufgabe – so die vorliegenden Befunde und Ergebnisse.*

*Weniger im Blick sind die Auswirkungen, die Flexibilität und Instabilität auf Qualität und Perspektive von Forschungsfeldern haben. Kann Diskontinuität in der Bearbeitung von Aufgaben und den Arbeitsbeziehungen sich hemmend auf Produktivität und Innovation auswirken?*

*Im Rahmen unseres Projektes „Campus der Zukunft“ wollen wir auch dieser Frage nachgehen. Wir werden die ersten Ergebnisse von Forschungsprojekten der Hans-Böckler-Stiftung mit den Erfahrungen der Beschäftigten und ihrer Interessenvertretungen abgleichen. Auf solider Grundlage werden wir dann unsere gewerkschaftlichen Forderungen weiter entwickeln. ●*



**Petra Gerstenkorn**

Mitglied des  
ver.di-  
Bundesvorstandes  
und Leiterin des  
Fachbereichs  
Bildung,  
Wissenschaft und  
Forschung

*Petra Gerstenkorn*

## Inhalt

<b>Schwerpunkt: Die Zukunft der Hochschulen</b>	
<b>Volle Kraft voraus: Auf zum ver.di Bundeskongress</b>	3
<b>Was der Fachbereich will</b>	3
<b>Der Bund sagt der Bildung ade</b>	4
<b>Hochschulen als Produktionsstätten</b>	5
<b>Stand der Dinge bei der Exzellenzinitiative</b>	6
<b>Geheimbündelei an der Berliner Humboldt-Uni</b>	6
<b>Die TU München hat's geschafft</b>	7
<b>Wer bezahlt die Rechnung der BAföG-Reform?</b>	8
<b>„Die Schere geht immer weiter auf“ – Interview mit dem Generalsekretär des Deutschen Studentenwerks</b>	9
<b>Campus der Zukunft: Kopieren und kooperieren erwünscht</b>	10
<b>Akkreditierung: Von Programmen zu Systemen</b>	11
<b>Weiterbildung: Netze knüpfen gegen Dumping</b>	12
<b>Gemeinsam finden wir Gehör</b>	13
<b>Delegierte für den Bundeskongress und der neue Fachbereichsvorstand</b>	14
<b>Aus dem Leben einer Bibliothekarin</b>	15
<b>Porträt: Bernhard Kunze</b>	15

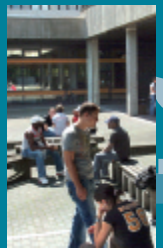
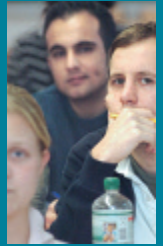
## Impressum

Der ver.di Report **biwifo** Nr. 02/2007 · September 2007  
Herausgeber: Vereinte Dienstleistungsgewerkschaft (ver.di)  
Fachbereich Bildung, Wissenschaft und Forschung  
Paula-Thiede-Ufer 10 · 10179 Berlin  
V.i.S.d.P.: Petra Gerstenkorn  
Verantwortliche Redakteurin: Annette Jensen  
Internet: [www.verdi.de](http://www.verdi.de)  
Grafisches Konzept: Hansen Kommunikation GmbH  
Layout: einsatz, Wolfgang Wohlers  
Druck: apm AG Darmstadt, Kleyerstraße 3, 64295 Darmstadt  
Titelbild: Werner Bachmeier (Bildmontage)  
W-1728-28-0907

Die Artikel stellen die Meinungsvielfalt unseres  
Fachbereiches dar und spiegeln nicht in jedem Fall die  
Meinung des Bundesfachbereichsvorstandes wider.

## Service

Fachbereich Bildung, Wissenschaft und Forschung  
Internet: [www.biwifo.verdi.de](http://www.biwifo.verdi.de)  
Ansprechpartner biwifo-Report:  
[holger.menze@verdi.de](mailto:holger.menze@verdi.de)  
Tel.: 0171/9 32 04 04 · Fax: 030/69 56-35 00



# Volle Kraft voraus

**Unsere Bundesfachbereichskonferenz stand unter dem Motto „bilden, wissen, forschen – Kompetenz für die Zukunft“. Damit sind die Eckpfeiler unserer bisherigen und künftigen Arbeit markiert. Den anstehenden ver.di-Bundeskongress wollen wir gleichsam als Resonanzboden nutzen, um unseren Forderungen mehr Durchschlagskraft zu verleihen. Die Chancen dafür stehen gut.**

VON KLAUS BÖHME

Schon der letzte ver.di-Bundeskongress hat zentrale Leitlinien formuliert: Das Grundrecht auf Bildung, die Beseitigung sozialer Zugangsbarrieren und die dringend erforderliche Anpassung der einzelnen Phasen lebensbegleitenden Lernens an die Erfordernisse einer wissensbasierten Gesellschaft. Diese Forderungen haben unverändert und dringender denn je Gültigkeit.

Einzelne dieser Punkte finden ganz allmählich, allerdings immer noch viel zu zögerlich Niederschlag in der politischen Debatte und Umsetzung. Ein harter Schlag in die andere Richtung war allerdings die Föderalismusreform. Hier wurde die Chance vertan, einheitliche Bildungsstandards zu schaffen; stattdessen droht jetzt eine zunehmende Kleinstaaterei im Bildungswesen, der es entschieden entgegen zu wirken gilt.

Gleichzeitig sehen wir uns damit konfrontiert, dass Bildung in immer höherem Maße privat (mit-)finanziert werden muss. Die Studiengebühren sind nur ein Beispiel dafür. Wir dagegen sind der tiefen Überzeugung, dass Bildungsmöglichkeiten bereit zu stellen eine der vornehmsten und dringendsten Aufgaben des Gemeinwesens ist. Deshalb bringt der Fachbereich beim bevorstehenden Bundeskongress einen ausführlichen Antrag zur umfassenden und sozial gerechten Finanzierung lebenslanger Bildung ein (*siehe Spalte rechts*). Unser Ziel ist es, zunächst in unserer Gewerkschaft eine breite Mehrheit dafür zu gewinnen. Mit derart gestärktem Rücken wollen wir danach eine Diskussion mit allen gesellschaftlichen Gruppierungen beginnen und Verbündete suchen.

In den Köpfen der Menschen, insbesondere der politisch Verantwortlichen, muss die Erkenntnis und Überzeugung verankert werden, dass ver.di auch die Gewerkschaft der Bildung ist.

Wir sind auf diesem Feld bereits heute ein Akteur, an dem man nicht mehr vorbeikommt. Diese Position wollen wir weiter ausbauen und uns im Interesse der Menschen und des Gemeinwohls einmischen. Damit das gelingt, bedarf es der gemeinsamen Anstrengung des gesamten Fachbereichs.

Nicht aus den Augen verlieren dürfen wir dabei allerdings die alltägliche Arbeit für die Beschäftigten in den Bildungseinrichtungen. Wir müssen uns bemühen, sie stetig von den Vorteilen der Mitgliedschaft in unserer Gewerkschaft zu überzeugen. Das auf drei Jahre angelegte Projekt CAMPUS DER ZUKUNFT trägt dem Rechnung und bildet in diesem Zeitraum den Arbeitsschwerpunkt des Fachbereichs. Wir wollen durch klare, differenzierte Positionen wahrnehmbarer werden in Hochschulen und Forschungseinrichtungen als den für die Zukunft unserer Gesellschaft entscheidenden Handlungsbereichen. Der Fokus des gewerkschaftlichen Engagements liegt selbstverständlich bei den Arbeitsbedingungen der Beschäftigten. Die besser zu gestalten und die Rahmenbedingungen positiv zu beeinflussen ist unser Ziel. Nur wenn das gelingt, kann der derzeit zwar moderate, aber doch stetige Mitgliederverlust endlich gestoppt und stattdessen ein Mitgliederzuwachs erreicht werden.

Dafür lohnt es sich, alle Kräfte in den Hochschulen, Forschungseinrichtungen und Studentenwerken zu bündeln und die Akteure an einen Tisch zu bringen, um Neues zu denken und auch alternative Wege zu gehen.

Es geht um die Zukunft – sowohl unserer Gesellschaft als auch unserer Gewerkschaft. Viel Zeit bleibt uns nicht. Wir müssen sie nutzen! ●

## ■ Das sagt unser Fachbereich zur Bildungsfinanzierung

Mit einer umfassenden Darstellung des Finanzbedarfs des öffentlichen Bildungssektors hat der Bundesfachbereichsvorstand Bildung, Wissenschaft und Forschung im Mai 2007 eine Positionierung zum Thema Bildungsfinanzierung vorgelegt. Das Papier analysiert zunächst für alle Bereiche von der Vorschule über die Schule und die duale Berufsausbildung bis zu den Hochschulen in kurzen Skizzen die gegenwärtigen Problemlagen. Anschließend macht der Fachbereich deutlich, welche Entwicklungsschritte jeweils nötig wären, um bestimmte Zielsetzungen zu erreichen. Konkrete Forderungen und deren aktueller Finanzbedarf werden ebenfalls benannt.

Der Bundesfachbereichsvorstand macht sich damit für eine bedarfsgerechte Finanzierung eines demokratischen, sozialen und geschlechtergerechten Bildungswesens stark. Er stellt die Leitidee der Chancengleichheit in den Mittelpunkt und entwickelt ihre konkreten finanziellen Konsequenzen für die unterschiedlichen Bildungsbereiche.

Mit den Berechnungen liegt nun ein umfassender Beitrag für die politische Arbeit unseres Fachbereichs vor. Der nächste Schritt ist nun der ver.di-Bundeskongress im Oktober. Dort wird das Papier allen ver.di-Delegierten vorgelegt – verbunden mit dem Antrag, dies als Positionierung der Gesamtorganisation zu verabschieden. Nach einer hoffentlich breiten Unterstützung durch die gesamte Gewerkschaft werden wir Verbündete außerhalb der Organisation suchen. ●

[www.biwifo.verdi.de](http://www.biwifo.verdi.de)

# Der Bund sagt der Bildung ade

**Zum 1. Oktober 2008 sollen mit dem Hochschulrahmengesetz auch die letzten bundesweiten Regelungen außer Kraft gesetzt werden. So hat es der Bundestag beschlossen. ver.di glaubt nicht daran, dass die seit 1976 laufenden Zankereien zwischen Bund und Ländern damit beendet sind. Mit einer Rahmenvereinbarung einen Konsens über einheitliche Strukturen und Inhalte zu erzielen, hat bisher kaum geklappt. Warum sollte es dann ohne sie künftig besser funktionieren?**

VON HANS-JÜRGEN IMMERTHAL

Der Bund hat sich mit der Föderalismusreform 2006 weitgehend aus seiner bildungspolitischen Verantwortung zurückgezogen. Lediglich die Kompetenzen zur Regelung der Hochschulzulassung und der -abschlüsse sind bei ihm verblieben – und sogar hier können die Länder abweichen. Für die vorherigen Gemeinschaftsaufgaben Hochschulbau und Bildungsplanung sind sie nun in jedem Fall zuständig. ver.di befürchtet, dass es keine gemeinsame Planung und Schwerpunktbildung für das bundesweite Bildungs- und Forschungssystem mehr geben wird. Die Egoismen der finanzstarken gegenüber den finanzschwachen Bundesländern werden sich durchsetzen. Die Länder werden nicht nur in Nord-Süd-Richtung weiter auseinanderdriften, sondern auch in Ost-West-Richtung. Welche gemeinsamen Anstrengungen werden sie noch unternehmen, um z. B. im Osten die Auslastung der Studienplätze zu verbessern?

Der Bund behauptet, sich in Zeiten des Wettbewerbs von staatlicher Detailsteuerung verabschieden zu wollen, um ein Zeichen in Richtung Freiheit und Autonomie für die Hochschulen zu setzen. ver.di kann nicht erkennen, dass SchülerInnen, Studierende und AbsolventInnen von einem Wettbewerbsföderalismus profitieren. Im Gegenteil werden zum Beispiel die Bewerbungsverfahren immer unübersichtlicher. So verteilt die Zentrale Vergabestelle (ZVS) nur noch in fünf oder sechs Fächern die Studienplätze in ganz Deutschland – und auch in diesen Fällen nur zu 40 Prozent. Zugleich gibt es immer häufiger örtliche Zulassungsbeschränkungen, für

die es keine bundeseinheitliche Regelung gibt. Die Folge wird für viele Studienwillige eine Bewerbungs-Odyssee sein.

Im europäischen Ministerrat hat Deutschland zwei Sitze. Uneinigkeit in Sachfragen wird künftig bei Abstimmungen häufig zu Enthaltungen führen. ver.di befürchtet deshalb, dass die Bundesrepublik ihre Anschlussfähigkeit an Europa und insbesondere ihre Einflüsse auf die Gestaltung des Bologna-Prozesses verspielen wird.

Wenn die Fachminister in der Kultusministerkonferenz (KMK) ihre hochschulpolitischen Empfehlungen beraten, haben ver.di und andere Hochschulexperten darauf keinen absehbaren Einfluss. Mit Transparenz und demokratischer Legitimation hat das wenig zu tun. Kann man der KMK vertrauen, dass sie nicht wieder AbiturientInnen den Hochschulzugang verweigert, wenn sie aus bestimmten Bundesländern kommen? Oder ist sicher, dass die KMK LehrerInnen nicht aus vorgeschobenen politischen Gründen die Übernahme in den Schuldienst verweigert?

Ein modernes Bildungssystem muss sich nicht nur an seiner Durchlässigkeit und an der Verteilung von Chancen messen lassen, sondern auch die Mobilität von Studierenden und wissenschaftlichem Personal fördern. ver.di fordert daher eine national verbindliche Bildungspolitik. ●

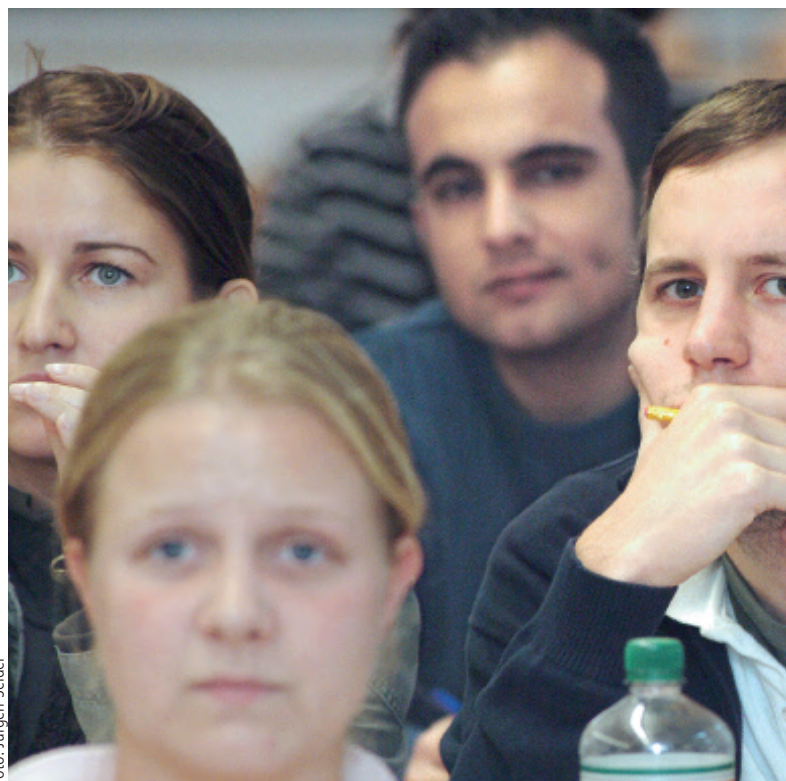


Foto: Jürgen Seidel

# Hochschulen als Produktionsstätten

**Bildung und Wissen sind zentrale Faktoren für die moderne Wissensgesellschaft. Hochschulen und Forschungseinrichtungen, in denen sie ‚erzeugt‘ und vermittelt werden, sind gleichsam deren Produktionsstätten. Es ist deshalb an der Zeit, sie als entscheidenden Wirtschaftsfaktor zu behandeln und nicht länger als belastenden Kostenfaktor zu sehen. Hier muss die Politik prinzipiell umdenken.**

VON KARL-HEINRICH STEINHEIMER

Aufwendungen für Bildung, Wissenschaft und Forschung sollten im öffentlichen Haushaltsrecht als Investitionen gelten – auch dann, wenn das Geld nicht für Beton verbraucht wird. Damit Kompetenz in den Köpfen entstehen kann, werden schließlich auch Personal und Sachmittel benötigt. Tatsächlich scheint es so, als ob sich die Finanzminister von Bund und Ländern dieser Sichtweise bei ihren Verhandlungen im Rahmen der ‚Föderalismusreform II‘ annähern. Damit stünden den Hochschulen zwar nicht automatisch mehr Mittel zur Verfügung. Die verfassungsrecht-

liche Grenze für die Staatsverschuldung im Haushalt sieht aber für Investitionen anders aus als für konsumtive Ausgaben.

Wenn es um die Hochschulen als positive Wirtschaftsfaktoren geht, ist jedoch noch an anderer Stelle ein Umdenken der Politik notwendig. Es müssen Verfahren etabliert werden, die jedem Bundesland direkte finanzielle Vorteile bieten, wenn es Studierende anwirbt und seine Hochschulen dafür quantitativ und qualitativ ausbaut. Umgekehrt darf ein Bundesland, das nicht die seinen Möglichkeiten entsprechende Anzahl von Studienplätzen zur Verfügung stellt, dadurch keinen finanziellen Vorteil haben.

Derartige Modelle existieren schon seit etlichen Jahren. Am bekanntesten ist wohl das jüngste, das mit dem Namen des derzeitigen Präsidenten der Kultusministerkonferenz verbundene ‚Zöllner-Modell‘. Es sieht einen ‚Vorteilsausgleich‘ zwischen den Ländern vor. Im Prinzip soll dabei jedes Bundesland für seine Landeskinder zahlen, die anderswo ein Studium aufnehmen. Der Ausgleichsbetrag hängt von dem Aufwand für den gewählten Studiengang ab. Alle Studiengänge sollen tendenziell in drei Kostengruppen zusammengefasst werden.

Die Stadtstaaten Berlin, Hamburg und Bremen mit ihrer magnetischen Anziehungskraft auf Studierende würden bei solch einer Regelung auf jeden Fall zu den Gewinnern zählen. Pfiffig an Zöllners Idee ist aber, dass er auch den Bund mit ins Boot holen will. Er soll die Finanzierung für die ausländischen Studierenden übernehmen, so dass jedes Bundesland gegenüber dem gegenwärtigen Zustand profitieren würde und es keine Verlierer gäbe.

Wenn informelle Aussagen zutreffen, scheint eine Umsetzung durchaus nicht ausgeschlossen – Verbesserungen und Modifizierungen im Detail selbstverständlich vorausgesetzt. Deutschland, den Bundesländern, den Hochschulen, den dort Beschäftigten und vor allem den studierwilligen jungen Menschen wäre es zu wünschen.

Dass mit jedem in eine Hochschule (und gleichfalls in eine Forschungseinrichtung) investierten Euro ein deutlich höherer Rückfluss verbunden ist, beweisen zwar etliche Untersuchungen. Im Bewusstsein einiger Wissenschafts- und vor allem Finanzminister scheint dieses Wissen jedoch leider noch immer nicht angekommen zu sein. ●

## ■ Der Hochschulpakt 2020

Am 14. Juni 2007 haben Bund und Länder einer „Verwaltungsvereinbarung über den Hochschulpakt 2020“ zugestimmt. Im Programmteil über die Lehre wird festgelegt, wie sich bis 2010 die erwarteten 91.270 zusätzlichen StudienanfängerInnen auf die Länder verteilen sollen. Der Bund will dafür pro StudienanfängerIn 11.000 Euro – verteilt über die Jahre – zur Verfügung stellen. Bis 2010 sind das rund 565 Millionen Euro. Für den Rest der Finanzierung sind die Länder zuständig.

Schon jetzt zeichnen sich für die Umsetzung folgende Fragen und Probleme ab:

- An welcher Hochschule (FH oder Uni) sollen in welchen Fächern wie viele Studienplätze angeboten werden? Die Hochschulrektorenkonferenz (HRK) kritisiert, dass die zugrundegelegten durchschnittlichen Studienplatzkosten viel zu niedrig sind.
- Wie kann eine Qualitätssicherung durch Evaluation des Hochschulpakts erfolgen?
- Kann die Studienabbrecherquote verringert werden?
- Zugangs- und Zulassungsbeschränkungen könnten zu einem Regelabschluss Bachelor führen.
- Wie wird sich die Erhöhung der Studienplatzanzahl in personeller Hinsicht auswirken? Noch mehr Befristungen und noch höhere Lehrdeputate?

Der andere Teil des Hochschulpakts ist mit „Finanzierung von Programmpauschalen“ überschrieben. Vereinbart wurde, dass von der deutschen Forschungsgemeinschaft geförderte Projekte einen „Overhead“ von 20 Prozent der Fördersumme erhalten sollen. Auch dies ist zu wenig, aber immerhin ein Schritt in die richtige Richtung. ●

Hans-Jürgen Immerthal



Diese Studierenden lernen und investieren damit in ihre Köpfe – die zentralen Produktionsmittel der Wissensgesellschaft

# Exzellente oder abgehängt

**Um die Exzellenzinitiative des Bundes und der Länder ist es ruhig geworden. Doch auch wenn die heftigen Debatten verebbt sind, ist Aufmerksamkeit anzurufen: Kaum etwas anderes wird die deutsche Hochschullandschaft so grundsätzlich und nachhaltig verändern wie diese Initiative.**

VON WILHELM RUWE

Ausgangspunkt der Exzellenzinitiative war der Gedanke, auch in Deutschland einige wenige wissenschaftliche Hochschulen als Elite-Universitäten zu profilieren. Dahinter steht die Hoffnung, den Wissenschaftsstandort Deutschland auf Dauer zu stärken und seine internationale Wettbewerbsfähigkeit zu verbessern.

Nach längerem Streit einigten sich Bund und Länder im Juni 2005 darauf, das Programm in ein etwas breiter angelegtes Förderkonzept für Spitzenforschung einzubetten. Drei Förderlinien wurden vereinbart, für die von 2006 bis 2011 rund 1,9 Milliarden Euro zur Verfügung stehen. Danach soll das Programm bis 2020 fortgeführt werden.

## Gefördert werden

- „Zukunftskonzepte“ bereits erfolgreicher Hochschulen als Elite-Universitäten
- „Graduierten-Schulen“ zur Unterstützung des wissenschaftlichen Nachwuchses
- „Exzellenzcluster“ als Spitzenforschungszentren



Foto: Jürgen Seidel

An der ersten Ausschreibungsrunde beteiligten sich 74 Universitäten, die 319 Antragsskizzen einreichten. Eine gemeinsame Kommission von Wissenschaftsrat und Deutscher Forschungsgemeinschaft (DFG) wählte 90 Vorschläge aus und forderte, die Konzepte weiter auszuarbeiten. Im Oktober 2006 bestimmte die um internationale Experten erweiterte Jury dann die Sieger: 18 Graduiertenschulen, 17 Exzellenzcluster und 3 Zukunftskonzepte machten das Rennen. Insgesamt profitieren 22 Hochschulen von der ersten Runde. Dabei bringt jede Graduiertenschule etwa eine Million Euro im Jahr, ein Exzellenzcluster spült 6,5 Millionen in die Kasse

## Berlin: „Geheimantrag“ des Präsidenten

Auch wenn die Ergebnisse der nächsten Exzellenz-Runde noch nicht feststehen, so sind bei den Anwärtern bereits interne Auswirkungen deutlich auszumachen. Ein Beispiel dafür ist die Berliner Humboldt-Universität (HUB).

Den Exzellenzantrag „Translating Humboldt into the 21st Century“ hat eine kleine Gruppe ausgearbeitet und er war Geheimsache. Präsident Christoph Markschies hatte Angst vor Spionage; seine „tollen Ideen“ sollte nicht jeder kennen, erklärte er. So bekam der Akademische Senat das Zukunfts(elite)konzept erst nach dem Abgabetermin und nur aufgrund von massivem Protest vor allem der Studierenden zu sehen. Änderungen waren nicht mehr möglich.

Dabei hatten viele in der HUB großes Interesse an dem Antrag, wie der volle Sitzungssaal zeigte. Der Geheimplan enthält viele

Unklarheiten, zum Beispiel wie die Finanzierung nach der fünfjährigen Anfangsphase fortgeführt werden soll. Verstetigung ist aber eine der Voraussetzungen, um überhaupt zum Zug kommen zu können. Im Eliteantrag ist von 80 bis 100 Professuren die Rede, über die man diskutieren könne. 30 bis 40 müssten „realisiert“, also definitiv gestrichen werden. Das sind bei 359 Professuren immerhin rund 25 Prozent, die infrage gestellt und 10 Prozent, die schlussendlich gestrichen werden müssten.

Umbauten dieses Ausmaßes verändern eine Universität in Gänze, ihre innere Struktur, die Gewichtung von Disziplinen, ihr gesamtes Profil. Wenn der Präsident eine solche Neuausrichtung durch seine Antragstellung vorwegnehmen will, kann das nicht ohne Widerspruch und Widerstände bleiben. ●

Hannelore Reiner



Die Bonner Uni bekommt im Rahmen der Exzellenzinitiative Geld für ihre Graduiertenschule

und ein Zukunftskonzept schlägt mit rund 21 Millionen Euro zu Buche. Summa summarum sind für die erste Förderperiode 873 Millionen Euro veranschlagt.

Seit September 2006 läuft nun die zweite und bis 2011 letzte Auswahlrunde. Diesmal hatten rund 70 Universitäten Antragskizzen eingereicht, die Hälfte kam in die engere Auswahl. Im Oktober sollen die Ergebnisse bekannt gegeben werden.

Die Frage, was die Exzellenzinitiative bringt, muss mit Blick auf das gesamte Hochschulsystem beantwortet werden. Grundsätzlich ist es zu begrüßen, dass der Staat zusätzliches Geld für die Hochschulen zur Verfügung stellt. Doch die Initiative fördert ausschließlich die Spitzenforschung an ausgewählten Institutionen. Die breite Masse bleibt weiter unterausgestattet. Die offensichtlichen Defizite im Bereich einer qualitativvollen Hochschullehre sollen nun privat ausgeglichen werden – durch Studiengebühren.

Darüber hinaus vergrößert die Exzellenzinitiative die regionalen Ungleichheiten: Starke Regionen werden weiter gestärkt. In der ersten Auswahlrunde waren süddeutsche Universitäten deutlich überrepräsentiert. Hochschulen in den östlichen Bundesländern gingen dagegen, abgesehen von Dresden und Berlin, gänzlich leer aus.

Offen debattiert wird nun über die Entwicklung von teuren Forschungs- und kostengünstigeren Lehruniversitäten. Die Auflösung der Einheit von Forschung und Lehre wird damit offensichtlich in Kauf genommen. Anhaltspunkte für diese Differenzierung sind bereits klar erkennbar: Schon heute melden sich Sprecher der nicht elitegeförderten „Gruppe der mittelgroßen Universitäten“ in der Hochschulrektorenkonferenz (HRK) zu Wort. ●



Foto: Jürgen Seidel

Die Fachhochschule in Köln geht – wie die meisten anderen Hochschulen – leer aus

## München: Eine unternehmerische Atmosphäre

Die TU München (TUM) hat es geschafft: In der ersten Wettbewerbsrunde stieg sie zu einer von drei Elite-Universitäten auf. In einem Interview in den hauseigenen Mitteilungen antwortet Präsident Wolfgang A. Herrmann auf die Frage, wie sich das wissenschaftliche Leben an seiner Universität nun ändern wird, wie folgt:

„Die Exzellenzinitiative läutet eine neue Ära des Wettbewerbs im deutschen Hochschulsystem ein. Der damit verbundene Bewusstseinswandel wird auch erhebliche Verstärkungseffekte auf die wettbewerbsfreundliche, unternehmerische Atmosphäre an unserer Universität haben. Wir werden unsere erfolgreichen Leistungsträger unbürokratisch und großzügig unterstützen, dürfen im Gegenzug aber auf deren besondere Loyalität im Sinne der Gesamtentwicklung unserer Universität setzen. Die erfolgreichen Projekte, von der »TUM Graduate School of Science and Engineering« über die

Forschungscluster zum Zukunftskonzept, werden die gesamte Universität strukturell und inhaltlich verändern. Es ist also gewiss nicht so, dass die Erfolgsprojekte gewissermaßen exemt neben den bestehenden Lehr- und Forschungsstrukturen entstehen. Im Gegenteil: Diese Erfolge sind die neuen Fixpunkte künftiger Hochschulentwicklung... Wer dazu seinen persönlichen Beitrag nicht leistet, kann auch von der Gemeinschaft nichts erwarten...“

Was nicht im Interview steht, aber der Personalrat erfahren hat: Die Personalabteilungen der TUM-Standorte haben wegen der vielen befristeten Neueinstellungen erheblichen Arbeitszuwachs erhalten. Auch die mit dem Immobilienmanagement Beschäftigten müssen wegen der Unterbringung der Exzellenzcluster besonders viel schuften. ●

Helga Tögel

# Die Folgen der BAföG-Reform

**In einer der jüngsten Wellen bundesdeutscher Bildungseuphorie, die uns seit der Entdeckung der Wissensgesellschaft durch Regierung und Industrie überrollen, gipfelte eine Anzeigenkampagne der Initiative Neue soziale Marktwirtschaft in der Illustration des wohl ältesten aller Stammtischgespräche zum Thema Studienfinanzierung. Ein offensichtlich gut verdienender Akademiker sitzt auf dem Rücken eines Arbeiters. Das Problem: Die soziale Schiefelage auf Kosten der „einfachen“ (oder einfach bildungsärmeren) Menschen. Die Lösung: akademische Bildung als geldwerte Ware; jeder kauft, was er sich leisten kann.**

VON JULIA MÜLLER

Die Bildungschancen der Töchter und Söhne des bemühten Arbeiters hat aber nicht nur der neoliberale Thinktank aus den Augen verloren. Auch die Bundesregierung schafft mit ihrer in diesen Wochen beratenen BAföG-Reform keine Abhilfe. Im Gegenteil, der vorgelegte Gesetzentwurf droht die Chancen auf ein Hochschulstudium für AbsolventInnen des zweiten Bildungswegs ebenso zu verringern wie für Studierende aus den unteren Einkommenschichten.

Das dabei entstehende Gesamtbild der Studienförderung scheint durchaus System zu haben. Mit einem Anteil von rund 18 Prozent Geförderter trägt das BAföG schon heute in viel zu geringem Maße zur Chancengleichheit in der akademischen Ausbildung bei. Die gestiegenen finanziellen Belastungen für Studierende durch Lebenshaltungskosten, neu erhobene Studiengebühren u.v.m. werden mit der Reform weder durch Fördersatzes noch durch Freibeträge in ausreichendem Maße ausgeglichen. Der Bezug von BAföG sichert also auch weiterhin nicht die Existenz der Studierenden und zwingt durch die gestiegenen Kosten der Ausbildung mehr denn je zum Jobben neben dem Studium. Da der deutlich erhöhte Workload bei Master- und Bachelor-Studiengängen jedoch eine parallele Erwerbstätigkeit stark einschränkt, steht der Nebenjob um so mehr im Konflikt zu einem erfolgreichen Studienverlauf.

Wer den nötigen finanziellen Hintergrund nicht von zu Hause mitbringt und sein Studium durch BAföG co-finanzieren will, wird in Zukunft noch mit weiteren Problemen konfrontiert werden. Soll die akademische Qualifikation nach erfolgreichem Bachelor-Abschluss in einem nicht unmittelbar konsekutiven Master-Studiengang verbreitert werden, gilt dieser künftig nicht mehr als förderfähig im Sinne des BAföG. Hat die Studentin oder der Student das 31. Lebensjahr überschritten, endet nach wie vor die Förderung. Wer also nach vorangegangener Berufsausbildung und erstem Hochschulabschluss in den Beruf startet und nach ein oder zwei Jahren die – im Vergleich zum Diplom verlängerte – höhere akademische Qualifikation nachholen möchte,



Foto: Jürgen Seidel

**63 Prozent der Studierenden jobben. Doch das wird aufgrund von engen Studienplänen immer schwieriger**

wird gegenüber denjenigen benachteiligt, die ohne „Zeitverzögerung“ ins Master-Studium eingetreten sind. Wer also nicht in niedrigeren Entgeltgruppen des Bachelor bleiben und sich mehr akademische Bildung aneignen will, muss sich dieses in Zukunft leisten können. Eine strukturelle Unterstützung dieser Biografien im Sinne einer zielgerichteten Bildungspolitik ist vom vorliegenden Gesetzentwurf nicht zu erwarten.

Im Gegenteil, wer sich unmittelbar für den zweiten Bildungsweg entscheidet und ein Kolleg oder Abendgymnasium zum Erwerb der Hochschulreife besucht, ohne vorher gearbeitet zu haben, konnte bisher mit einer elternunabhängigen BAföG-Förderung rechnen. So wurde für diesen Weg der zügigen Weiterqualifizierung ein gezielter Anreiz geschaffen, der nun dem Rotstift zum Opfer fallen könnte. Mit Verweis auf die verschiedenen Wege des Erwerbs der Hochschulzugangsqualifikation sollen SchülerInnen mit mittlerer Reife oder Hauptschulabschluss nach den Plänen des Ministeriums nun wieder auf die finanziellen Möglichkeiten ihrer Eltern verwiesen werden, wenn sie das Abitur nachholen wollen.

Also besser erst mal arbeiten gehen und sich später zum Studium qualifizieren – um dann bei zu geringem BAföG-Satz zu viel zu jobben, sich nicht im nötigen Maß auf das Studium konzentrieren zu können, die Studiengebühren nur schwer aufzubringen, die Familiengründung aus finanziellen Gründen rauszuschieben, kurz vor dem Master-Abschluss aus Altersgründen die Förderung zu verlieren und am Ende mit einem Schuldenberg in den neuen Beruf zu starten?

Die Auswirkungen der mangelhaften staatlichen Bildungsfinanzierung auf Bildungsbeteiligung und Qualifikationsniveau sind für Demokratie und Volkswirtschaft gleichermaßen gravierend. Die diskrete Selektion des deutschen Hochschulsystems wird mit dieser BAföG-Novelle jedoch keine Korrektur erfahren. ●



# „Die Schere geht immer weiter auf“

**biwifo:** Vor ein paar Monaten wurde die 18. Sozialerhebung veröffentlicht, die die Situation der Studierenden beleuchtet. Was erscheint Ihnen besonders auffällig?

**Achim Meyer auf der Heyde:** Von 100 Akademikerkindern studieren 83. Bei Kindern von Nichtakademikern sind es nur 23.

Ist das in den letzten Jahren krasser geworden?

Ja, die Schere geht immer weiter auf. Anfang der achtziger Jahre gab es noch eine etwas gleichmäßigere Verteilung über alle Herkunftsgruppen hinweg. Heute kommen 38 Prozent der Studierenden aus der hohen Herkunftsgruppe, 1982 waren es 17 Prozent. Umgekehrt sieht es bei der niedrigsten Herkunftsgruppe aus: Damals stellten sie noch 23 Prozent der Studierenden, heute sind es 13 Prozent.

Was sind dafür die entscheidenden Faktoren – und was kann man dagegen tun?

Zum einen gliedert unser Schulsystem Bildungsferne schon früh aus. Das ist nur langfristig zu beeinflussen durch Veränderungen im Elementar- und Schulbereich.

Die Finanzierung ist der andere wichtige Faktor. Das zeigt auch die BAföG-Reform von 2001. Danach verzeichneten wir zunächst einen sehr starken Anstieg der Geförderten. Die Botschaft ist damit klar: Nicht nur die Bedarfssätze müssten aufgestockt werden. Vor allem geht es auch um höhere Freibeträge, um den Kreis der Förderberechtigten auszuweiten oder auch nur zu halten.

Wieso drohen denn bisher Berechtigte rauszufallen?

Die Freibeträge beziehen sich auf das Elterneinkommen. Die deutlichen Tarifierhöhungen zum Beispiel im Metallbereich werden dazu führen, dass vorher förderberechtigte Kinder entweder kein BAföG mehr bekommen oder niedrigere Sätze. Wir machen auch die Erfahrung, dass viele Eltern mit ihrem Einkommen knapp über der Förderhöchstgrenze liegen, aber nicht genug verdienen, um ihren Kindern das Studium zu finanzieren. Das führt dann nicht selten dazu, die Berufswahl der Kinder nachhaltig zu beeinflussen.

Wie erklären Sie den aktuellen Rückgang der Studienanfängerzahlen?

Das hat sicher auch mit den ab Wintersemester 2006/2007 eingeführten Gebühren zu tun – aber sie sind nicht der einzige Faktor. Die künstliche Verknappung der Kapazitäten durch eine



Foto: Privat

**Achim Meyer auf der Heyde ist Generalsekretär des Deutschen Studentenwerks.**

flächendeckendere Einführung des Numerus Clausus ist ebenfalls zentral.

Zunehmend entscheiden sich Studienberechtigte aber auch für eine Ausbildung im dualen System. HIS befragt regelmäßig Studienberechtigte ein halbes Jahr, nachdem sie die Schule verlassen haben. Demnach wählen vor allem die jungen Frauen zunehmend alternative Qualifizierungswege mit der Begründung, dass ihnen die Finanzierungsperspektive zu unsicher ist.

Im Herbst steht eine neue BAföG-Novelle an. Was erwarten Sie davon?

Erst wollte die Bundesregierung kein zusätzliches Geld bereitstellen, nun hat sie immerhin eine Erhöhung der BAföG-Sätze in zwei Stufen angekündigt. Aus unserer Sicht kommt das aber zum Wintersemester 2008/2009 viel zu spät, und die Erhöhung der Sätze um fünf Prozent reicht bei weitem nicht aus.

Was wäre denn angemessen?

Der Beirat für Ausbildungsförderung hat Ende vergangenen Jahres die Zahlen addiert, die die Bundesregierung selbst in ihren letzten drei Berichten für erforderlich gehalten hat. Demnach müssten die Bedarfssätze um 10,3 und die Freibeträge um 8,7 Prozent erhöht werden. Wir fordern eine Erhöhung in mindestens dieser Größenordnung, obwohl das auch nicht reicht. Denn Stand der Berechnung war Ende 2006 und die Lebenshaltungskosten steigen ja weiter.

Man kann ja auch jobben, um zumindest einen Teil seines Lebensunterhalts zu verdienen.

Wenn durch die neue Studienstrukturreform eine stärkere Präsenz geboten ist, dann wird es immer schwerer, nebenher zu jobben. Oft müssen die Studierenden heute bis zum übernächsten Semester warten, bis ein Kurs erneut angeboten wird. Das wirkt sich leicht studienverlängernd aus.

Was bedeutet das alles für die Studentenwerke?

Für viele Studierende nimmt der Druck zu: Schaffe ich das Studium, schaffe ich die Finanzierung? Das zeigt sich auch in einer wesentlich höheren Inanspruchnahme unserer Beratungseinrichtungen. Neben der Studienfinanzierung geht es dabei immer häufiger auch um Stresssymptome wie Prüfungsangst oder Burnout-Syndrom. ●

Interview: Annette Jensen

### ■ Frankfurt a. M. soll Stiftungsuniversität werden

Im Juni legte die Hessische CDU-Regierung dem Landtag einen Gesetzentwurf vor, mit dem die Universität Frankfurt a. M. in eine Stiftungsuniversität umgewandelt werden soll. Die Novelle soll im kommenden Herbst beschlossen werden. Zwar sieht der Gesetzentwurf die Einrichtung der Stiftungsuniversität auf öffentlich-rechtlicher Grundlage vor, doch sind damit verbundene Privatisierungstendenzen unübersehbar. Der von der Universitätsleitung geplante hauseigene Tarifvertrag ist nur ein Beleg dafür. Außerdem will der Unipräsident wichtige Entwicklungs- und Gestaltungsentscheidungen an einen externen Hochschulrat auslagern, dessen Mitglieder weder in die landes- noch universitätspolitische Legitimationkette eingebunden sind.

### ■ Bundesregierung macht Geld für Forschung locker

Die „Nationale Qualifizierungsoffensive“ der Bundesregierung sieht vor, massiv Geld zur Verfügung zu stellen für Forschungsprojekte in den Bereichen Klima und Energie sowie zur Behandlung von Krebs und Alzheimer. Erklärtes Ziel ist es, bis 2010 drei Prozent vom Bruttoinlandsprodukt (BIP) für Forschung und Entwicklung auszugeben, so wie es die Lissabonstrategie der EU-Staats- und Regierungschefs vorsieht. Das bedeutet eine Steigerung der Mittel von 55,7 Milliarden Euro (2005) auf 79 Milliarden Euro. Derzeit geben Bund, Länder und Wirtschaft offiziell 2,5 Prozent des BIP für Forschung und Entwicklung aus.

# Kooperieren auf allen Ebenen erwünscht

**Per aspera ad astra – vor den Erfolg haben die Götter den Schweiß gesetzt\*. Um die Position des Kritisierens und Forderns zu überwinden und praktisch etwas zu erreichen, bedarf es zunächst gemeinsamer Diskussionen und Untersuchungen – eben Anstrengungen. Genau darum geht es beim Campus-Projekt unseres Fachbereichs. Im Zentrum stehen Fragen zu Studium, Arbeitsbedingungen und Finanzierung in den Hochschulen, Forschungseinrichtungen und Studentenwerken. Auf der Grundlage dieser Erkenntnisse wollen wir dann tätig werden.**

VON MAYA SCHWIEGERSHAUSEN

Am 12. und 13. Juni trafen sich BildungsexpertInnen aus der gesamten Republik bei ver.di in Berlin. 140 Aktive organisierten sich zwei Tage lang in 13 verschiedenen Arbeitsgruppen, diskutierten bildungsrelevante Themen und kreierten somit eine umfassende Liste von wünschenswerten, aber auch notwendigen Eigenschaften eines CAMPUS DER ZUKUNFT. Hierbei ging es nicht ausschließlich um das Thema Studium, sondern getreu unserer Vorstellung von einem umfassenden Campusbegriff auch um

Arbeitsverhältnisse, Mitbestimmungsrechte und Weiterbildungsmöglichkeiten, um den Campus als betrieblichen Ausbildungsort und um alternative Zugänge zum Studium.

Als roter Faden durch die Tagung zog sich der weitverbreitete Wunsch, sich untereinander enger zu vernetzen. Dies bezog sich nicht allein auf arbeitsgleiche Institutionen, sondern mindestens in gleichem Maße auf die interdisziplinäre Zusammenarbeit.

Viele neue Ideen wurden geboren und praktische Kooperationen vereinbart. So beschlossen VertreterInnen der Universitäten und Studentenwerke aus Berlin, Greifswald, Hamburg, Mainz, Potsdam, Tübingen und Würzburg, bei den Themenfeldern Familienfreundlichkeit und Gesundheitsmanagement zusammenzuarbeiten und dadurch effizienter zu werden. Auch zur Prekarisierung im akademischen Mittelbau gibt es ein konkretes Projekt (siehe Kasten). Andere TeilnehmerInnen wollen auf Landesebene kooperieren.

Der Fachbereich wird sich nach Kräften bemühen, die vielfältigen Anstrengungen vor Ort zu unterstützen. Vernetzung, aber auch Selbstinitiative sind gefordert. ●

<http://campus-der-zukunft.verdi.de>

\* sinnigere Übersetzung; wortwörtlich: „Durch das Rauhe zu den Sternen“

## Akademischer Mittelbau zwischen Karriere und Ausstieg

Wer sich zur Lage des wissenschaftlichen Nachwuchses an den deutschen Hochschulen umhört, sieht sich immer wieder mit folgenden Behauptungen konfrontiert: Viele brechen ihre bereits begonnene Doktorarbeit ab, die Promotionszeiten sind überlang und die Betreuung der DoktorandInnen ist unzureichend oder sogar gar nicht gegeben. Zugleich soll der wissenschaftliche Mittelbau unter einer hohen Arbeitsbelastung leiden und umfangreich unbezahlte Mehrarbeit leisten, so dass die eigene wissenschaftliche Arbeit vernachlässigt werden muss. Auch von problematischen Kommunikationsstrukturen in den Fachbereichen und Fakultäten ist immer wieder die Rede. Schließlich werden auch mangelnde Möglichkeiten zur Weiterqualifikation, fehlende Unterstützung für die Kompetenzentwicklung und unsichere Karriereaussichten beklagt.

Es geht dabei um mehr als um die „subjektive Betroffenheit“ einer spezifischen Gruppe: Schlechte Arbeitsbedingungen des wissenschaftlichen Nachwuchses und Missstände bei seiner Förderung können zu einem Ausstieg der „fähigsten Köpfe“ aus dem Wissenschaftssystem führen. Damit wird die wichtigste Ressource in der Wissensgesellschaft verschleudert.

Im Auftrage von ver.di werden Dieter Grünh und Heidemarie Hecht von der FU Berlin und Jürgen Rubelt von der TU Berlin Betroffene fragen, wie ihre Arbeits- und Qualifikationsbedingungen tatsächlich aussehen und welche Vorschläge zur Verbesserung ihrer Situation sie haben. Ziel ist also nicht nur eine Zustandsbeschreibung, sondern ebenso ein handlungsorientierter Katalog von Gegenmaßnahmen. ●

Dr. Dieter Grünh



Karikatur: Alif

# Akkreditierung: Von Programmen zu Systemen

**Erst acht Jahre ist es her, seit mit den neuen Bachelor- und Masterstudiengängen ein neues System der Qualitätssicherung von Studiengängen eingeführt wurde. Im Rahmen der „Programmakkreditierung“ sollte die fachlich-inhaltliche Qualität jedes einzelnen Studiengangs durch externe GutachterInnen überprüft werden. Ob das eine gute Idee war, um den Studienreformstau an den deutschen Hochschulen aufzulösen, war von Anfang an umstritten. Bevor das neue Verfahren überhaupt flächendeckend Einzug gehalten hat, hoben die KultusministerInnen nun bereits die nächste Begutachtungsmethode aus der Taufe: Die „Systemakkreditierung“ soll statt einzelnen Studiengängen ganze Hochschulen in den Blick nehmen. Schon vor ihrer Einführung erregt sie Kritik.**

VON SONJA STAACK UND ULF BANSCHERUS

Ziel der Programmakkreditierung war es, den Hochschulen mehr Freiraum für innovative Studienkonzepte zu geben – so jedenfalls lauteten die politischen Absichtserklärungen. Die Verantwortung für die Durchführung bekamen privatrechtliche Agenturen übertragen, um die „Staatsferne“ des neuen Systems zu unterstreichen. „Modern“ fanden das die ArbeitgeberInnen. „Undemokratisch!“ wettelten die Studierendenvertretungen. Zwar wurden zunehmend auch Studierende und VertreterInnen der Berufspraxis an den Akkreditierungsverfahren beteiligt, doch die Debatten beschränkten sich weitgehend auf die eher technische Umsetzung von Modul- und Kreditpunktsystemen. Die inhaltliche Studienreform blieb auf der Strecke. Konzepte jenseits des Mainstream wurden allzu oft mit den Worten abgewürgt: „Das kriegen wir eh nicht akkreditiert.“

In den letzten Jahren wurde die Programmakkreditierung verstärkt als „zu aufwändig“ und

„zu teuer“ kritisiert. Ein schlankeres Verfahren sollte her, welches sich auf die Überprüfung der hochschulinternen Qualitätssicherungssysteme beschränkt. Erste Modellprojekte zeigen allerdings, dass der Aufbau dieser Systeme ebenso aufwändig und teuer ist wie das bisherige Verfahren. Wenn die Verantwortung für Studiengänge in die einzelnen Hochschulen abgegeben wird, besteht außerdem die Gefahr, dass die Vergleichbarkeit von Studienleistungen endgültig unter die Räder kommt. Ein Wechsel von einer deutschen Hochschule zur nächsten könnte damit zum Abenteuer werden – ein Anachronismus vor dem Hintergrund der Debatten um europaweite Mobilität.

Die Systemakkreditierung stellt mit ihrer Forderung nach (Qualitäts-)Managementstrukturen in den Hochschulen sowohl die Mitbestimmung der Personalräte als auch die Akademische Selbstverwaltung grundsätzlich in Frage. Es liegt an uns, deutlich zu machen, dass Qualität nur mit den Beschäftigten zu haben ist – nicht gegen sie. Sie müssen deshalb genau wie die Studierenden auf allen Ebenen beteiligt werden und dürfen sich nicht von „Management-expertInnen“ verdrängen lassen.

Ein Gutes hat die Debatte immerhin: Studienreform wird endlich auch als Hochschulreform gedacht. Der Lernort Hochschule muss in diesem Rahmen mit dem Arbeitsplatz Hochschule in Zusammenhang gebracht werden. Hierzu können gerade die Gewerkschaften einen wichtigen Beitrag leisten, weil sie gleichermaßen ArbeitnehmerInnen und Studierende organisieren. Unser Leitbild sollte eine Hochschulstruktur sein, die für Lehrende, Angestellte in der Prüfungsverwaltung und Studierende gleichermaßen motivierend ist. Schließlich sind ein gutes Studium und gute Arbeitsbedingungen keine Gegensätze, sondern zwei Seiten derselben Medaille. ●

## KURZ NOTIERT

### ■ Fachhochschule erhöht Tutorenvergütung

Der Senat der Fachhochschule Frankfurt am Main hat eine Erhöhung des Vergütungssatzes für Tutorien auf 7,50 Euro pro Stunde beschlossen. Bisher verdienten die Studierenden nur 5,58 Euro pro Stunde. Die Abstimmung des zehnköpfigen Gremiums erfolgte einstimmig. In Berlin beträgt der Stundensatz 10,98 Euro.

### ■ Schulung für Students@work-BeraterInnen

Hab ich in meinem Nebenjob eigentlich ein Recht auf bezahlten Urlaub? Und wie viel darf ich z.B. als BAföG-Empfängerin verdienen? Diese und andere Fragen versucht das DGB Projekt „students@work“ für Studenten objektiv und dabei im besten Sinne parteiisch zu beantworten. Vom 28. bis 30. September 2007 findet dazu in Frankfurt a. M. ein Seminar statt. Anmeldung unter [Frankfurt-Main@dgb.de](mailto:Frankfurt-Main@dgb.de)

### ■ Debatte über Bachelor in der Weiterbildung

Im bayerischen Landesausschuss für Berufsbildung wird eine Debatte geführt, die bundesweite Auswirkungen haben könnte. Es geht um die Frage, ob in der beruflichen Weiterbildung auch der Titel Bachelor vergeben werden darf. Unser Fachbereich ist dagegen, die IG Metall spricht sich bei entsprechenden Qualitätsstandards dafür aus.

### ■ Diskutieren Sie mit!

Aus 158 Ländern kommen unsere Mitglieder. Nun kommt es darauf an, in ver.di den Prozess der interkulturellen Öffnung voranzutreiben. Alle ver.di-Mitglieder sind eingeladen, sich an der Diskussion zu beteiligen! Schicken Sie ihre Vorschläge an [migration@verdi.de](mailto:migration@verdi.de)

## ■ Der Trend geht überall in Richtung Wettbewerb

Im Auftrag der Europäischen Kommission wurden 32 Staaten daraufhin untersucht, wie sich zwischen 1995–2005 sowohl die staatliche als auch die hochschulinterne Steuerung verändert hat. „Der Trend geht überall in Richtung von mehr Wettbewerb, Umbau der Hochschulen zu arbeitsteiligen Organisationen mit einem gestärkten Top-Management, Konzentration des Staates auf die strategische Steuerung bei zunehmender operativer Freiheit der Hochschulen, Umstellung auf eine leistungsorientierte Mittelverteilung und eine wachsende Bedeutung der Qualitätssicherung als zentralem Steuerungsmechanismus. Bei der Umsetzung gibt es hingegen noch erhebliche Schwierigkeiten.“ So fasst der Informationsdienst Wissenschaft die Ergebnisse einer internationalen Vergleichsstudie zusammen, an der auch das von der Bertelsmann-Stiftung unterstützte Centrum für Hochschulentwicklung (CHE) beteiligt war.

## ■ Austauschprogramm für Studenten

Europäische Hochschulen sollen für Studierende weltweit an Attraktivität gewinnen. Dies ist das Ziel des von der EU-Kommission angenommenen Programms Erasmus Mundus II. Das Programm fördert die Zusammenarbeit zwischen europäischen Hochschulen und Hochschulen aus Drittstaaten. Zwischen 2009 und 2013 werden rund 950 Millionen Euro zur Verfügung gestellt. Damit sollen Studierenden aus Europa und aus Drittstaaten Stipendien für einen Auslandsstudienaufenthalt gewährt werden.

# Netze knüpfen gegen Dumping

**Zwar beeinflussen öffentliche Auftraggeber die Weiterbildungsbranche maßgeblich. Doch der Tarifvertrag des Öffentlichen Dienstes wirkt hier schon lange nicht mehr strukturierend. Nur einzelne Unternehmen wenden ihn noch an, in der Fläche aber sind die Arbeits- und Entlohnungsbedingungen weit davon entfernt. Manche großen und mittleren Träger haben immerhin noch Haustarifverträge mit Mantel- und Entgeltbestimmungen. In vielen Betrieben aber wird einzelvertraglich geregelt, was der „Markt“ hergibt. Das will ver.di ändern.**

VON ULRICH KREUTZBERG

Michael K. aus Sachsen-Anhalt arbeitet seit zehn Jahren in der Berufsvorbereitung. Angefangen hat er bei einem mittelständischen Bildungsträger; der war tarifgebunden und zahlte Auszubildern monatlich 2.022 Euro. Vor drei Jahren gab es dann einen Notlagentarifvertrag; Michael K. bekam 100 Euro weniger. Seinen Arbeitsplatz verlor er 2005 trotzdem, nachdem der Träger sich erfolglos an einer Ausschreibung der Bundesagentur für Arbeit beteiligt hatte. Michael K. heuerte beim Gewinner an – und verdiente für die gleiche Arbeit wie vorher nur noch 1.650 Euro. Zwei Jahre später war auch hier Schluss. Nun bekommt er nur noch 1.250 Euro im Monat. Sein inzwischen dritter Arbeitgeber ist ein Unternehmen aus Niedersachsen, das in Sachsen-Anhalt mit Billigangeboten Aufträge der Bundesagentur für Arbeit abgreift.

Starke Preiseinbrüche in der Branche gab es insbesondere nach den Hartz-Gesetzen, weil die Bundesagentur für Arbeit seither Trainings- und Jugendmaßnahmen bundesweit ausschreibt. Da 55 bis 75% der Kosten bei Weiterbildungsträgern für Personal zu veranschlagen sind, schlägt der Dumpingwettbewerb fast unmittelbar auf die Entlohnung durch. In den alten Bundesländern liegen die Einstiegsgehälter nun oft bei 1.500 bis 1.800 Euro, in den neuen Bundesländern



bei 1.300 bis 1.600 Euro. Michael K. ist kein Einzelfall.

Mitte 2005 führten Vertreter von ver.di, GEW und des Arbeitgeberverbandes BBB darüber Gespräche mit der Bundesagentur für Arbeit. Ziel war es, im Rahmen des Vergaberechts Regelungen zu finden, die den Billigwettbewerb beenden. Doch die Bundesagentur stellte sich stur und so scheiterte der Versuch. Um weiteres Lohndumping zu verhindern, blieb den Gewerkschaften nun nur noch der Versuch, einen Flächentarifvertrag durchzusetzen.

Im Februar 2007 wurde der „Mindestlohn-tarifvertrag Weiterbildung“ abgeschlossen. Unterschrieben ist er von ver.di und GEW einerseits und dem Arbeitgeberverband BBB andererseits. Mit einer 39-Stunden-Woche, 30 Tagen Urlaub und einem Einstiegsgehalt für pädagogisches Personal von 2.076 € (West) und 1.848 € (Ost) will er bestehende Standards sichern. Allerdings tritt der Vertrag erst in Kraft, wenn er für all-gemeinverbindlich erklärt ist.

Der Koalitionsausschuss von SPD und CDU hat dafür Mitte Juni zwei neue Wege ermöglicht. Zum einen ist das Arbeitnehmerentendegesetz bis zum 31.03.2008 für weitere Branchen geöffnet. Zum anderen will die Regierung das Gesetz über Mindestarbeitsbedingungen von 1952 novellieren. Welchen Weg die Weiterbildungsbranche geht, müssen die Tarifparteien gemeinsam entscheiden. In jedem Fall braucht es politische Unterstützung – und die muss auch von den Belegschaften der Weiterbildungsträger kommen. Im Herbst starten entsprechende Aktionen. ●



250 reisten zur Demo vor der Bundesagentur für Arbeit in Düsseldorf

**In Nordrhein-Westfalen wächst der Widerstand. Betriebsräte aus Weiterbildungsunternehmen kämpfen gemeinsam mit ver.di gegen die zunehmende Zerstörung der Weiterbildungsstrukturen. „Bildung darf keine Ware werden!“ lautet das Motto.**

VON UWE MEYERINGH

Seit 2002 hat die Bundesagentur für Arbeit (BA) die Förderung der beruflichen Weiterbildung drastisch reduziert. Aufgrund der Hartz-Gesetze wird Weiterbildung nur noch bewilligt, wenn sie unmittelbar in Arbeit führt. Der durchschnittliche Teilnehmerbestand sank von 339.918 im Jahr 2002 auf 118.778 in 2006. Das ist ein Rückgang von 65 Prozent. Zugleich erstattete die BA im vergangenen Jahr dem Bundeshaushalt zwei Milliarden Euro an Weiterbildungsmitteln. Beides widerspricht eklatant allen Anforderungen an lebensbegleitendes Lernen und verbaut zahlreichen Menschen Beschäftigungschancen.

Zugleich geht die enorme Verknappung der Ressourcen und die Vergabe der Maßnahmen an die preiswertesten Anbieter an die Substanz der Bildungsunternehmen und ihrer Beschäftigten.

Deshalb haben sich Betriebsräte aus 12 NRW-Bildungsunternehmen, die ca. 2.000 Beschäftigte vertreten, nach den Betriebsratswahlen im Sommer 2006 innerhalb von ver.di vernetzt. Sie skandalisieren den Verlust von Weiterbildungschancen und -qualität und wollen die Unterbietungskonkurrenz zu Lasten der Beschäftigten durchbrechen.

„Viele Bildungsträger sind pleite gegangen. Die Anzahl der Arbeitsplätze wurde mehr als halbiert“, bilanziert Helmuth Kramer, Gesamtbetriebsratsvorsitzender des Berufsbildungswerks (bfw) des DGB. Er unterstützt das Netzwerk. „Das Bildungsunternehmen und die dort Beschäftigten vegetieren mehr schlecht als recht vor sich hin. Nur gemeinsames Handeln kann zu besseren Rahmenbedingungen führen,“ so Kramer.

# Gemeinsam finden wir Gehör

## Die Betriebsräte eint eine gemeinsame Problemanalyse:

- Bildungsunternehmen können nicht mehr in hochwertiges Equipment investieren.
- Das Know-how der Beschäftigten bleibt hinter den Entwicklungen der Wirtschaft und der Wissenschaft zurück, da BA-Maßnahmen z.B. kein Hightech-Wissen mehr erfordern.
- Qualifiziertes Personal wechselt öfters in Wirtschaftszweige, die mehr Sicherheit, Perspektive und Bezahlung bieten.
- Der Rest ist einem nie da gewesenen Lohndumping, einer Arbeitsverdichtung und starken Unsicherheiten über die eigene Zukunft ausgesetzt.

Dem Netzwerk geht es in erster Linie darum, die Weiterbildung als Teil der Daseinsvorsorge zu erhalten. Monika Greve vom Betriebsrat des Vereins BAJ in Bielefeld formuliert deshalb: „Bundesregierung und BA müssen ihr monopolistisches Lohndumping unterlassen und die Weichen für eine funktionierende Weiterbildung der Zukunft stellen.

Das Netzwerk hat diese Forderungen in die Öffentlichkeit getragen. Über Monate wurde eine gemeinsame Kundgebung vor der Regionaldirektion NRW der BA in Düsseldorf vorbereitet. Diese Veranstaltung am 31. Mai 2007 war mit 250 DemonstrantInnen ein voller Erfolg. Monika Greve: „Jede Teilnehmerin und jeder Teilnehmer hat es gefühlt: Du stehst nicht alleine und wenn wir unsere Stimme gemeinsam erheben, finden wir Gehör!“

Die Geschäftsführerin der Regionaldirektion NRW der BA, Christiane Schönefeld, erklärte auf der Kundgebung, dass sie die Sorgen um die Qualität der Bildung und die Arbeitsplätze der Beschäftigten sehr ernst nimmt. Sie bot an, in einen Dialog einzutreten. Das Netzwerk will diesen Vorschlag annehmen. Vor allem über den neuen Prüfdienst für die Qualität der Arbeitsmarktdienstleistungen sowie die Preisentwicklung will man ins Gespräch kommen. Ein weiterer Schwerpunkt wird der Branchentarifvertrag Weiterbildung sein. ●

## SEMINARE

### Renaissance der Aus- und Weiterbildung?

Nach einem Überblick über die Arbeitsmarktentwicklung und der Darstellung alternativer Qualifizierungswege zur Beschäftigungsfähigkeit werden die Perspektiven der SGB geförderten Aus- und beruflichen Weiterbildung mit Vertretern der Politik und der Arbeitsverwaltung diskutiert. Das Seminar richtet sich an Betriebsräte und Vertretungen von Bildungsträgern, Berufsbildungs- und Berufsförderungswerken.

**Fachtagung am 07.11. 2007 in Berlin**

### Mitbestimmung im Hochschulbereich

Das neue Verhältnis zwischen Staat und Hochschulen und die unterschiedliche Situation in den Bundesländer machen eine Analyse der Handlungsgrundlagen von Personalvertretungen notwendig.

**Seminar vom 12.11. bis 14.11. 2007 in Berlin**

### Berufseinstieg Wissenschaft

Durch Klärung der Rahmenbedingungen ebenso wie durch Reflexion der eigenen Situation beschäftigen sich Studierende und AbsolventInnen der Geistes- und Sozialwissenschaften mit ihrer beruflichen Zukunft und der Frage, ob sie in die Wissenschaft gehen wollen.

**Seminar vom 16.11. bis 18.11. 2007 in Saalfeld**

### Information als gesellschaftliche Frage

Der Kurs richtet sich an Beschäftigte aus wissenschaftlichen und öffentlichen Bibliotheken, Dokumentare, Archivare sowie Fachangestellte für Informationsdienste. Thematisiert werden soll der Einsatz und Gebrauch moderner Kommunikations- und Bildungsmittel und die gesellschaftspolitische Bedeutung.

**Seminar vom 19.11. bis 21.11. 2007 in Saalfeld**

Weitere Informationen: [Karin.Vollmar@verdi.de](mailto:Karin.Vollmar@verdi.de)

**Der Fachbereich 5  
„Bildung, Wissenschaft  
und Forschung“ hat  
einen neuen, bunten  
Bundesvorstand.**



Foto: Stefanie Herbst

### Delegierte des Fachbereichs für den ver.di-Bundeskongress 2007

Delegierte			Ersatzdelegierte		
Nachname	Vorname	Landesbezirk	Nachname	Vorname	Landesbezirk
Baumann	Yvonne	Sachsen, Sachsen-Anhalt, Thüringen	Friedrich	Anja	Sachsen, Sachsen-Anhalt, Thüringen
Böhme	Klaus	Nordrhein-Westfalen	Schwarz	Werner	Nordrhein-Westfalen
Fellmann	Gunter	Baden-Württemberg	Hobrecker	Brigitte	Baden-Württemberg
Güth	Karola	Sachsen, Sachsen-Anhalt, Thüringen	Kobelt	Anja	Sachsen, Sachsen-Anhalt, Thüringen
Klein	Beatrix	Nordrhein-Westfalen	Greve	Monika	Nordrhein-Westfalen
Koerlin	Wiebke	Rheinland-Pfalz	Erdmann	Renate	Saar
Kunze	Bernhard	Nord	Frahm	Hermann	Nord
Mitnacht	Peter	Bayern	Hahn	Elke	Bayern
Petersen	Peter	Hamburg	Ziegenbein	Hermann	Hamburg
Putzker	Marianne	Niedersachsen-Bremen	Steffen	Dorothea	Niedersachsen-Bremen
Reiner	Hannelore	Berlin/Brandenburg	Dewender	Marion	Berlin/Brandenburg
Ruwe	Wilhelm	Hessen	Sacher	Karin	Hessen

### Mitglieder des Bundesfachbereichsvorstands „Bildung, Wissenschaft und Forschung“

Nachname	Vorname	Landesbezirk	Betrieb
Bogojev	Boris	Hessen	
Böhme	Klaus	Nordrhein-Westfalen	Ministerium für Innovation, Wissenschaft, Forschung und Technologie des Landes NRW
Buchterkirchen	Sonja	Sachsen, Sachs.-Anh., Thür.	Studentenwerk Leipzig
Fleischer	Marika	Nord	Universität Rostock
Gansel	Lydia	Niedersachsen-Bremen	Stadtbibliothek Vahrenwald
Grunwaldt	Ludwig	Berlin/Brandenburg	GeoForschungsZentrum Potsdam
Güth	Karola	Sachsen, Sachs.-Anh., Thür.	Thüringer Kultusministerium
Haak	Birthe	Hamburg	
Immerthal	Hans-Jürgen	Niedersachsen-Bremen	FH Oldenburg/Ostfriesland/Wilhelmshaven
Hertel	Klaus	Baden-Württemberg	Max-Planck-Institut für Festkörperforschung
Huckebrink	Peter	Hamburg	DAA GmbH
Jebsen	Cornelia	Nordrhein-Westfalen	Forschungszentrum Jülich
Klinger	Gabriele	Baden-Württemberg	Studentenwerk Freiburg
Koerlin	Wiebke	Rheinland-Pfalz	Ministerium für Bildung, Wissenschaft, Jugend und Kultur
Kramer	Helmuth M.	Nordrhein-Westfalen	Berufsbildungswerk GmbH
Kreutzberg	Ulrich	Sachsen, Sachs.-Anh., Thür.	VHS-Bildungswerk in Sachsen-Anhalt GmbH
Krischker	Petra	Nord	Institut für Meereskunde an der Christian-Albrechts-Universität Kiel
Kyritz	Juliane	Sachsen, Sachs.-Anh., Thür.	Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg
Lehnen	Helmut	Saar	Universität des Saarlandes
Mitnacht	Peter	Bayern	Universitätsbibliothek Würzburg
Müller	Julia	Berlin/Brandenburg	
Ruwe	Wilhelm	Hessen	Universität Kassel
Schirach	Fritz	Berlin/Brandenburg	
Schmeier	Anke	Rheinland-Pfalz	Fachhochschule Trier
Steffen	Dorothea	Niedersachsen-Bremen	Universität Lüneburg
Tögel	Helga	Bayern	Technische Universität Garching

# Nichts bleibt wie es ist



Foto: Privat

Renate Gundel

Vor 30 Jahren begann jeder Arbeitstag damit, bei der für die Kataloge zuständigen Kollegin vorbeizuschauen. Sie gab uns vorsortierte Karteikarten und wir mussten sie in diverse Kataloge einstellen – eine äußerst unbeliebte Tätigkeit. Der EDV-Unterricht an der Fachhochschule für Bibliothekswesen bestand damals noch darin, Ablaufdiagramme auswendig zu lernen. Jetzt fahren wir morgens den PC hoch, checken die Mails und amüsieren uns mehr oder weniger über die Beiträge in den bibliothekarischen Mailinglisten. Und wir gestalten Internetseiten. Gefragt sind heute Bibliotheks- und Informationsmanager. Die Katalogisierung, einst eine unserer wichtigsten Aufgaben, übernehmen jetzt überwiegend Fachangestellte.

Die Veränderungen unseres Berufsalltags waren teilweise schleichend, teilweise rasant. In den 70ern kämpften wir gegen Zensurbestrebungen und wollten etwas für die Unterprivilegierten dieser Gesellschaft tun. Ende der 80er kam die Debatte um Verwaltungsreformen und Marketing in den Bibliotheken auf; als Leckerli lockte die größere Eigenverantwortung der MitarbeiterInnen. Wenig später waren die Diskussion über Bibliotheken als Volksbespaßungsanstalten und das Plädoyer für Schwerpunktbildungen modern. Parallel begann ein Umdenken in punkto Gebühren, weil nur so von Schließung bedrohte Zweigstellen noch haltbar waren. Mancherorts mussten BibliothekarInnen eine besonders bitterere Pille schlucken: Ehrenamtliche übernahmen ihren Job. Von vielen hoffnungsvollen Ansätzen ist nicht viel übrig geblieben. Die Verwaltungsreform versandete in den meisten Kommunen und Bibliotheken, statt mehr Autonomie der MitarbeiterInnen ist vereinzelt sogar ein ausgeprägtes Hierarchiedenken zu beobachten.

Seit Mitte der 90er nutzten viele Bibliotheken das Internet und eröffneten sich bis dahin ungeahnte Recherchemöglichkeiten – traumhafte Bedingungen für AuskunftsbibliothekarInnen in kleineren und mittleren Bibliotheken, die nun ohne großen Aufwand viel mehr Service bieten konnten. Wie grundlegend sich das BibliothekarInnendasein geändert hat, sehen die

KollegInnen in der Kommission für Eingruppierung und Besoldung des Berufsverbands Information Bibliothek (BIB) zur Zeit ganz konkret: Sie listen gerade die Tätigkeitsbereiche unseres Berufsstands auf und misten nicht mehr Zutreffendes aus.

Eindeutige aktuelle Trends im Bibliothekswesen auszumachen ist heutzutage schwierig. Das spiegelt sich auch in den Fortbildungsangeboten, die von (Selbst-)Management bis zu Kursen über die Zukunft der Bibliotheken reichen. Die sich je nach Gewerbesteueraufkommen ändernde Finanzlage der Kommunen führt zum Teil zu kuriosen Vorschlägen: So sollten beispielsweise zwei benachbarte Mittelstadtbibliotheken im Großraum Stuttgart fusionieren – ein Plan, der nach einem Jahr ad acta gelegt wurde.

Trotz aller Veränderungen gibt es seit 30 Jahren einen roten Faden in meinem Berufsalltag: Die Bezahlung ist schlecht. Der alte BAT ließ keine Zuschläge für besondere Leistungen oder hohes Engagement zu; Orientierungspunkt waren stets Ausleihzahlen und Bestandsgrößen. Seit Oktober 2005 gibt es den TVöD, in den wir viel Hoffnung gesetzt hatten. Der hat zwar den Vorteil einer besseren Vergütung in den ersten Berufsjahren. Doch zugleich bestraft er Flexibilität beim Stellenwechsel mit der Einstufung in die Erfahrungsstufe 2. Ich bin mal gespannt, wie das aussieht, wenn größere Bibliotheken in der nächsten Zeit ihre Leitungsstellen neu besetzen müssen...

Was die leistungsorientierte Bezahlung bringt, bleibt abzuwarten. Die meisten Kommunen haben sich zunächst fürs Gießkannenprinzip entschieden, denn die Orientierung zum Beispiel an Zielvereinbarungen setzt ja voraus, dass sich überhaupt ausreichend viele und realistisch umzusetzende Ziele einer Bibliothek formulieren lassen. Ebenso mit Spannung warten wir auf die geplante Aufwertung von Frauentätigkeiten. Allerdings wissen wir aus Erfahrung: Im Gegensatz zum Beispiel zu IngenieurInnen haben wir meist eine schwache Lobby. ●

Renate Gundel

## P O R T R Ä T



Foto: Privat

Bernhard Kunze

### ■ Engagiert seit 47 Jahren

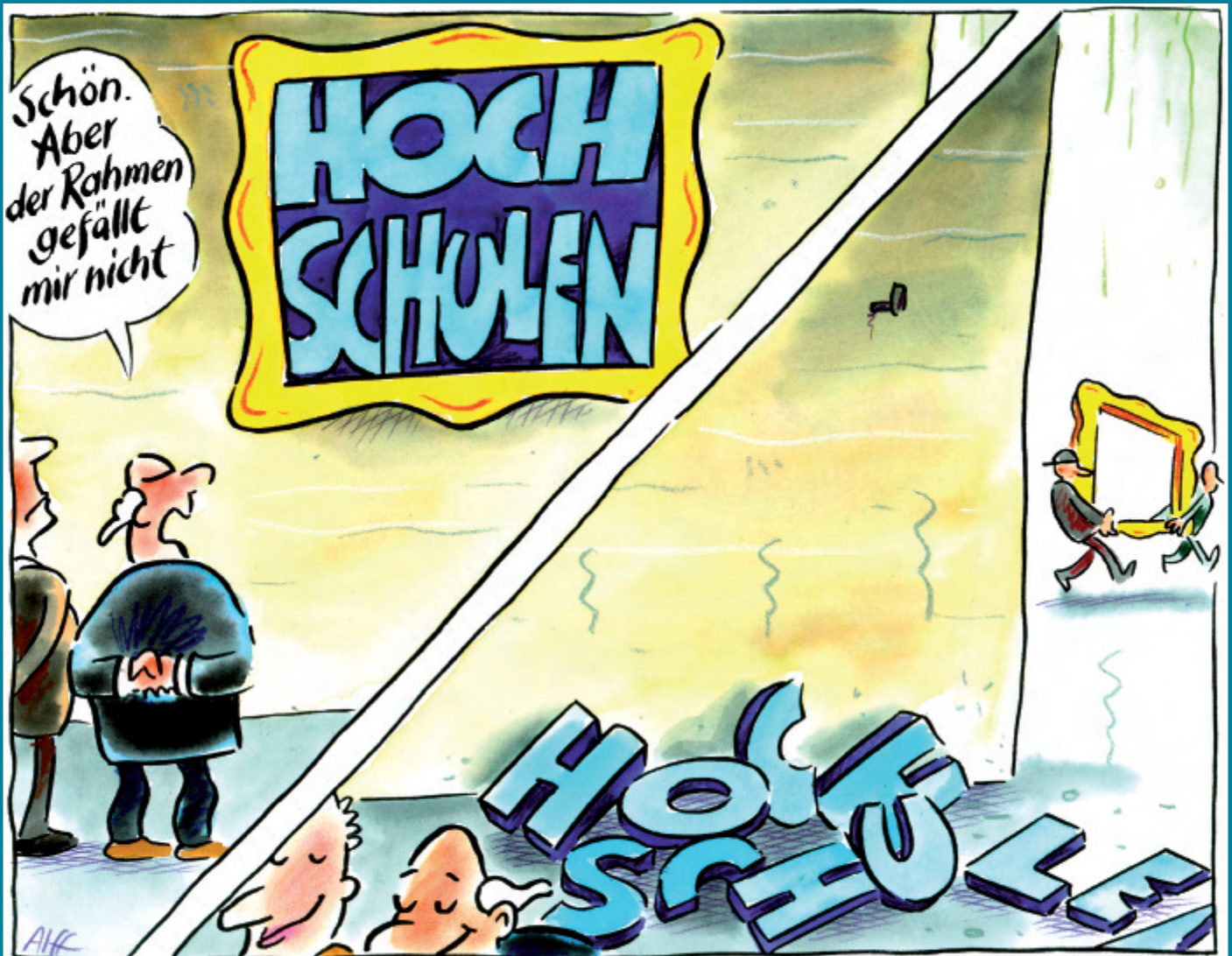
Bernhard Kunzes Motto lautet: Nicht meckern und theoretisch diskutieren, sondern praktisch etwas ändern. Orientierungspunkt des gelernten Diplomingenieurs und -kaufmanns sind stets die Bedürfnisse und Erfordernisse der Menschen.

Seine gewerkschaftliche Laufbahn begann 1960 in der IG Metall. Bei der DAG war er später Vorsitzender der Bundesfachgruppe Wissenschaft und Forschung, und so gestaltete Bernhard Kunze anschließend auch maßgeblich den Gründungsprozess unseres Fachbereichs bei ver.di mit. Bis 2006 war er Vorsitzender des Bundesfachbereichsvorstandes.

Fokus von Bernhard Kunzes gewerkschaftlicher Tätigkeit war das Bildungssystem, das er sowohl als lebenslang Lernender als auch als Lehrender intensiv kennen gelernt hat. Dabei half ihm auch seine vielfältige Erfahrung, die er im Forschungszentrum Jülich, im Bundesforschungsministerium und in der GKSS in Geesthacht gesammelt hat, wo er zwölf Jahre Betriebsrat war und im Aufsichtsrat saß.

Seit 2006 hat Bernhard Kunze nun endlich mehr Zeit, Jazz und sein Häuschen im Grünen zu genießen und sein Lieblingsland Neuseeland zu bereisen. Doch für tarifliche Angelegenheiten und zivilgesellschaftliches Engagement stellt er seine Erfahrung auch weiter zur Verfügung. ●

Roger-Michael Klatt



Wenn der Rahmen mal weg ist

Coupon bitte abtrennen und im Briefumschlag schicken an:

Verdiente Dienstleistungsgewerkschaft · Fachbereich 5 · Bildung, Wissenschaft und Forschung · Paula-Thiede-Ufer 10 · 10179 Berlin



WA-1978-11-0304

**Ich möchte Mitglied werden ab:**

\_\_\_\_\_ Monat/Jahr

**Persönliche Daten:**

Name \_\_\_\_\_

Vorname/Titel \_\_\_\_\_

Straße/Hausnr. \_\_\_\_\_

PLZ \_\_\_\_\_ Wohnort \_\_\_\_\_

Telefon \_\_\_\_\_

E-Mail \_\_\_\_\_

Geburtsdatum \_\_\_\_\_

Staatsangehörigkeit \_\_\_\_\_

Geschlecht  weiblich  männlich

**Beschäftigungsdaten**

- Arbeiter/in  Angestellte/r
- Beamter/in  DO-Angestellte/r
- Selbstständige/r  freie/r Mitarbeiter/in
- Vollzeit
- Teilzeit \_\_\_\_\_ Anzahl Wochenstd.

- Erwerbslos
- Wehr-/Zivildienst bis \_\_\_\_\_
- Azubi-Volontär/-in-Referendar/in bis \_\_\_\_\_
- Schüler/-in-Student/-in bis \_\_\_\_\_
- Praktikant/-in bis \_\_\_\_\_
- Altersteilzeit bis \_\_\_\_\_
- Sonstiges \_\_\_\_\_

Beschäftigt bei (Betrieb/Dienststelle/Firma/Filiale) \_\_\_\_\_

Straße/Hausnummer im Betrieb \_\_\_\_\_

PLZ \_\_\_\_\_ Ort \_\_\_\_\_

Personalnummer im Betrieb \_\_\_\_\_

Wirtschafts-/Geschäftszweig ausgewählte Tätigkeit \_\_\_\_\_

Ich bin Meister/-in-Techniker/-Ingenieur/-in

Ich war Mitglied der Gewerkschaft: \_\_\_\_\_

von: \_\_\_\_\_ bis: \_\_\_\_\_  
Monat/Jahr Monat/Jahr

**Einzugsermächtigung:**

Ich bevollmächtige die Gewerkschaft ver.di, den jeweiligen satzungsgemäßen Beitrag bis auf Widerruf im Lastschriftinzugsverfahren

- monatlich  halbjährlich
- vierteljährlich  jährlich

einziehen.

Name des Geldinstituts/Filiale (v): \_\_\_\_\_

Bankleitzahl \_\_\_\_\_ Kontonummer \_\_\_\_\_

Name Kontoinhaber/in (gibt in Druckbuchstaben) \_\_\_\_\_

Datum/Unterschrift Kontoinhaber/in \_\_\_\_\_

Tarifvertrag \_\_\_\_\_

Tariff. Lohn- oder Gehaltsgruppe bzw. Besoldungsgruppe \_\_\_\_\_

Tätigkeits-/Berufsjahr, Lebensalterstufe \_\_\_\_\_

regelmäßiger monatlicher Bruttoverdienst \_\_\_\_\_

Euro \_\_\_\_\_

**Monatsbeitrag**

Euro \_\_\_\_\_

Der Mitgliedsbeitrag beträgt nach § 14 der ver.di-Satzung pro Monat 1% des regelmäßigen monatlichen Bruttoverdienstes. Für Rentner/innen, Pensionist/innen, Vorruheständler/innen, Krankengeldbezieher/innen und Erwerbslose beträgt der Monatsbeitrag 0,5% des regelmäßigen Bruttoeinkommens. Der Mindestbeitrag beträgt € 2,50 monatlich. Für Hausfrauen/-Hausmänner, Schüler/innen, Studierende, Wehr-, Zivildienstleistende, Erziehungsgeldempfänger/innen und Sozialhilfeempfänger/innen beträgt der Beitrag € 2,50 monatlich. Jedem Mitglied steht es frei, höhere Beiträge zu zahlen.

**Datenschutz**

Ich willige ein, dass meine persönlichen Daten im Rahmen der Zweckbestimmung des Mitgliedsverhältnisses und der Wahrnehmung gewerkschaftspolitischer Aufgaben elektronisch verarbeitet und genutzt werden. Ergänzend gelten die Regelungen des Bundesdatenschutzgesetzes in der jeweiligen Fassung.

Datum/Unterschrift \_\_\_\_\_

**Werber/in:**

Name \_\_\_\_\_

Vorname \_\_\_\_\_

Mitgliedsnummer \_\_\_\_\_